

Solidarpaktgespräche - „Die Zweite“

Von Hugo Müller

Wie in der Januarausgabe berichtet, kamen am 01.12.04 erstmals die ÖD-Gewerchaftsvertreter mit dem Ministerpräsidenten, Peter Müller, in der Staatskanzlei zusammen, um die Chancen und Bedingungen eines sog. „Solidarpaktes“ auszuloten. Die zweite Runde lief nun am 27. Januar 2005. Und um in der Sprache zu bleiben: Sieger wird es am Ende wohl keine geben.

Das „Angebot“

Auf Einladung der Landesregierung kamen am 27.01.05, 16.00 Uhr, Ministerpräsident Peter Müller, der Chef der Staatskanzlei, Karl Rauber, die Innenministerin, Annegret Kramp-Karrenbauer sowie Finanzminister Peter Jakoby einerseits und Eugen Roth - DGB, Rolf Linsler - Verdi, Klaus Kessler - GEW und Hugo Müller - GdP andererseits zusammen. Wie bereits im ersten Gespräch war das Hauptthema die Lage der öffentlichen Haushalte im Saarland und die hieraus abzuleitenden Sparnotwendigkeiten bei den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes.

Der Ministerpräsident verdeutlichte nochmals, dass die Finanzlage des Landes mehr als desolat ist. Vor diesem Hintergrund habe man in dem Entwurf für den Landeshaushalt 2005 eine „globale Minderausgabe“ von 30 Millionen € vorgesehen. Wie diese Minderausgabe erreicht werden soll, sei eben derzeit noch offen und ggf. über die weiteren Solidarpaktgespräche zu klären.

Dabei, so betonte der Ministerpräsident, sei vor allem zu berücksichtigen, dass die Eigenschaft des Saarlandes als „Nehmerland“, gerade auch angesichts der beabsichtigten Aktivitäten im Zusammenhang mit einer Fortführung der Teilentschuldung, es nicht zulasse, dass man strukturelle Standards habe, die über denen vergleichbarer, aber auch insbesondere finanziell besser gestellter Länder lägen. Hier verwies er etwa auf den derzeit noch deutlich besseren Standard im Saarland hinsichtlich der Sonderzuwendungen (Weihnachts- und Urlaubsgeld). Würde man im Saarland beispielsweise in diesem Segment die Regelung der Hansestadt Bremen einführen/umsetzen, würde alleine dies zu einem Sparbetrag von ca. 15 Mio € führen.

Nochmals verdeutlichte der Ministerpräsident, dass aus seiner Sicht tabufrei diskutiert werden müsse über die gesamte Bandbreite der Themen, die zum Erbringen von Sparbeiträgen geeignet sind. Neben den bereits am 01.12.04 dargestellten Themen (Angleichung der Wochenarbeitszeit sowie der Sonderzuwendungsregelungen für Tarifbeschäftigte an die Beamtenregelungen, Begrenzung der Steigerungsraten des Landeshaushaltes auf 0 % in 2005 und 1 % in 2006 durch Verzicht auf Tariflohnerhöhungen und veränderte Arbeitszeitregelungen) wurde jetzt auch die „Stellschraube Beförderungsbudget“ mit genannt. Im Hinblick auf die im Jahre 2004 veränderten Beihilferegulungen zeigte sich Peter Müller diskussionsoffen. Er könne sich dort durchaus vorstellen, dass – auch angesichts des seinerzeit bei der Beihilfestelle ausgelösten zusätzlichen Arbeitsaufwandes - man über die Rücknahme der ein oder anderen Veränderung nachdenken könne. Ersatzweise könne dann ein sog. grundsätzlicher Eigenanteil die Sparquote erfüllen.

Ihm sei in der Diskussion um einen Solidarpakt durchaus bewusst, dass der öffentliche Arbeitgeber auch etwas in einen solchen „Vertrag“ einbringen müsse. Daher könne er sich vorstellen, dass das arbeitgeberorientierte „Zugeständnis“ an die Arbeitnehmerseite der Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen einerseits und die Bereitschaft zum „Unterzeichnen“ eines auf die Dauer der gesamten Legislaturperiode angelegten Vertragswerkes andererseits sein könnte. Mit letzterem entstehe die bereits in dem ersten Gespräch von der Gewerchaftsseite angemahnte Sicherheit und Zuverlässigkeit.

Die Reaktion

Wir (die Vertreter der öD-Gewerkschaften) machten deutlich, dass der Fortgang der weiteren „Solidarpakt-Gespräche“ prinzipiell wie inhaltlich in einem unmittelbaren Zusammenhang stehe mit dem Ausgang der jetzt bevorstehenden Abschlüsse hinsichtlich eines neuen Tarifrechtes ÖD und der Bereitschaft der Länder, über die TdL dieses neue Recht zu akzeptieren. Nur wenn dies gelinge, könne überhaupt über weitere Schritte verhandelt werden (In einem separaten Bericht in dieser Ausgabe wird die diesbezügliche Lage beschrieben.).

Daher sei es vor allen Dingen wichtig, Zeit zu gewinnen. So wurde schließlich vereinbart, dass die Tarifrunde abgewartet wird, um dann neuerlich zu konkreteren Gesprächen zusammen zu kommen. Dies dürfte nach derzeitigem Planungsstand (Ende Januar 05) wohl Ende Februar, Anfang März 2005 sein. Der Ministerpräsident verdeutlichte hier, dass spätestens im Frühsommer konkrete Entscheidungen erforderlich sind.

So hat sich letztlich im Verhältnis zum ersten Gespräch wenig geändert. Alternativ stehen nach wie vor als Strategien Konsensorientierung oder Konfliktkurs im Raum.

Wir haben aber zumindest eine konkrete Zeitvereinbarung. Anfang März werden wir intern klären, ob wir uns weiterhin an Solidarpakt-Gesprächen beteiligen, wo wir dabei ggf. unsere Prioritäten sehen und wo wir auch unsere Schmerzgrenzen definieren.

Zusammenfassend lässt sich also nach wie vor feststellen, dass die Lage „zwar noch unklar, aber trotzdem beängstigend ist“.

Wir in der GdP werden mit Augenmaß die Frage beantworten, ob Konsens oder Konfrontation die richtige Strategie ist. Das sind wir unseren Mitgliedern und der saarländischen Polizei schuldig, ganz im Sinne unseres Wahlspruches: GdP – ein guter Rat.

PS:

Zur Erinnerung sei auf die eine oder andere Aussage des CDU-Landesvorsitzenden, Peter Müller, im GdP-Sicherheitstest vor den Landtagswahlen im Herbst vergangenen Jahres (vor 5 Monaten) hingewiesen. Ich zitiere aus unserem Flugblatt „Regierungserklärung löst Irritationen bei Polizei aus: Es gab klare Wahlaussagen des Ministerpräsidenten!“ vom 10.11.2004: „Die beunruhigenden Worte beziehen sich auf: (1) Arbeitszeitverlängerung und (2) Personalaufbau. (1) Vor der Wahl: ‚Derzeit bestehen keine Planungen für eine Verlängerung der Wochen- und Lebensarbeitszeit.‘ Und nach der Wahl: ‚Eine Debatte über die Wochen-, aber auch die Jahres- und Lebensarbeitszeit ist unumgänglich.‘ Und (2) vor der Wahl: ‚Unter Beibehaltung der derzeitigen Einstellungspraxis von jährlich 85 Neueinstellungen und unter Berücksichtigung der regulären Ruhestandsversetzungen sowie weiterer prognostischer Personalabgänge wird sich der Personalbestand der Vollzugspolizei (LKA und LPD) voraussichtlich bis zum Jahr 2009 weiter erhöhen.‘ Und nach der Wahl: ‚Gleichzeitig werden wir den veränderten finanziellen Rahmenbedingungen Rechnung tragen müssen. Dennoch werden wir – anders als etwa das Bundesland Berlin - dafür Sorge tragen, dass alle Polizeianwärterinnen und Polizeianwärter auch in den Polizeidienst übernommen werden. Den Einstellungskorridor werden wir beibehalten, aber verschmälern.“